

ERSTER TEIL: DIE UNTERENTWICKLUNG DER BRASILIANISCHEN PARTEIEN ALS DEMOKRATIEPROBLEM

1. ASPEKTE DER UNTERENTWICKLUNG

In Brasilien wurden hohe Erwartungen in die Überwindung der Militärdiktatur gesetzt, unter der das Land von 1964 bis 1985 regiert wurde. Wenngleich der politische Prozeß und mehr noch die soziale Wirklichkeit in der brasilianischen Geschichte stets autoritäre Züge aufwiesen, ist doch das Modell der freiheitlichen und pluralistischen Demokratie westlicher Prägung als einzige legitime Regierungsform in der politischen Kultur fest verhaftet. Mit der Rückkehr zur Demokratie verbanden viele die Hoffnung auf eine weitreichende politische und gesellschaftliche Erneuerung. Man versprach sich ein höheres Maß an sozialer Gerechtigkeit, einen Ausweg aus der Wirtschaftskrise, in der sich Brasilien seit Mitte der siebziger Jahre befand, sowie einen 'Reinigungsprozeß' sowohl des Staates als auch des gesellschaftlichen Lebens von autoritären Altlasten, elitären Herrschaftsformen, Privilegien und Korruption.

Die politische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung seit dem demokratischen Übergang blieb jedoch weit hinter den aufgebauten Erwartungen zurück. In der seither vergangenen Zeit ist es den verschiedenen demokratischen Regierungen nicht gelungen, die wichtigsten Grundprobleme des Landes in den Griff zu bekommen. Es wurde weder geschafft, die zunehmende Verelendung breiter Bevölkerungsschichten aufzuhalten, noch einen festen Rahmen für ein nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum zu schaffen oder der ungeheuren Kriminalität in den städtischen Ballungszentren Herr zu werden. Das gesamte öffentliche System (Gesundheitssystem, Bildungswesen, soziale Sicherungssysteme, Infrastruktur, Verwaltung, Polizei) ist in einem alarmierenden Zustand. Durch die nicht enden wollende Diskussion über eine Reform der erst 1988 verabschiedeten Verfassung und eine Reihe ernsthafter Krisen im Zusammenspiel der Staatsorgane hat die gegenwärtige politische Ordnung bei der Bevölkerung weiter an Kredit verloren. Zudem zeigte sich in den vielen Skandalen, die sogar zur Amtsenthebung eines Präsidenten und mehrerer Kongreßmitglieder führten, wie stark die politische Führungsschicht von Filz und Korruption durchwuchert ist.

Die tiefe sozio-ökonomische, politische und nicht zuletzt auch moralische Dauerkrise, die Brasilien durchläuft, ist letztlich darauf zurückzuführen, daß das politische System nicht imstande ist, für die anstehenden Probleme legitime und zugleich effiziente Lösungskonzepte zu entwickeln und in staatliches Handeln umzusetzen. Die Problematik ist mit der in vielen anderen jungen Demokratien vergleichbar: Der grundsätzliche politische Wille zur pluralistischen Demokratie und ein liberal-demokratischer Staatsaufbau sind zwar eine notwendige, aber keineswegs ausreichende Bedingung für eine leistungsstarke und tatsächlich den gesellschaftlichen Interessen zugewandte demokratische Ordnung. Die Funktionsfähigkeit einer modernen Demokratie hängt darüber hinaus auch von einem stabilen Gefüge wirkungsvoller Institutionen ab – sowohl im staatlichen Bereich als auch seitens der Zivilgesellschaft. Gerade in Entwicklungsgesellschaften aber sind die politischen Systeme, demokratische wie nicht-demokratische, zumeist stark unterinstitutionalisiert.

Eine Institution, die von dieser Problematik in der Regel übermäßig stark betroffen ist, sind die politischen Parteien. Dabei kommt im angestrebten Modell der modernen westlichen Demokratie gerade den Parteien eine zentrale Bedeutung zu, wenn es um die politische Willensbildung und staatliche Entscheidungsfindung geht. Auch wenn in diesem Zusammenhang Interessenverbände und interne staatliche Strukturen ebenfalls eine große Rolle spielen, gelten doch die Parteien als

die „wichtigsten Träger allen politischen Willens“.¹⁰ In Brasilien stellt sich der die Situation der Parteien besonders kritisch dar. Viele sehen daher in der Schwäche des Parteienwesens ein zentrales Element der brasilianischen Krise. Die Unterentwicklung der Parteien manifestiert sich in verschiedenen Punkten:

1.1 Diskontinuität

Ein besonders augenfälliger und immer wieder hervorgehobener Aspekt ist zunächst die außerordentliche Diskontinuität der historischen Entwicklung des Parteienwesens. Im politisch instabilen Brasilien kam es wiederholt zu Umstürzen der verfassungsmäßigen Ordnung und zu Phasen autoritärer Regierungsformen. Jeder politische Regimewandel zog einen radikalen Umbruch in der Parteienentwicklung nach sich. Von einem geschichtlichen Abschnitt zum nächsten veränderte sich das Parteiensystem jedesmal von Grund auf, ohne an der jeweils vorangegangenen Situation anzuschließen und auf ihr aufzubauen. Auf diese Weise lösten sich in der brasilianischen Geschichte nicht weniger als sieben völlig verschiedene Parteiensysteme (und ein System ohne Parteien) voneinander ab:

- 1) ein Zweiparteiensystem im Kaiserreich, das sich aus der Liberalen und der Konservativen Partei zusammensetzte (1822-1889);
- 2) ein System bundesstaatlicher Einheitsparteien (Republikanische Parteien) ohne Parteien von nationaler Reichweite in der Alten Republik (1889-1930);
- 3) ein „embryonales Mehrparteiensystem“¹¹, das sich zwischen der extremen Linken und der faschistisch orientierten, 'integralistischen' Bewegung Plínio Salgados polarisierte (1930-1937);
- 4) ein System ohne Parteien nach deren Auflösung und Verbot im zentralistischen und demobilisierenden autoritären Regime des sogenannten 'Neuen Staats' (*Estado Novo*, 1937-1945);
- 5) ein Dreiparteiensystem (PDS, PTB, UDN) in der demokratischen Ordnung der Nachkriegszeit (1945-1964);
- 6) ein von der Militärdiktatur (1964-1985) entworfenes und aufgezwungenes Zweiparteiensystem der Pro-Regime-Partei ARENA und der zur Wahrung des demokratischen Scheins geduldeten Oppositionspartei MDB (1965-1979);
- 7) erste Ansätze eines Mehrparteiensystems nach der Parteienreform von 1979, das jedoch noch stark vom Militärregime kontrolliert wurde, und in dem die Nachfolgeparteien von ARENA (PDS) und MDB (PMDB) die dominierenden Kräfte waren (1979-1985);
- 8) ein Vielparteiensystem seit der Rückkehr zur Demokratie 1985.

All diese Brüche wurden durch Umschwünge im Bereich der Zentralgewalt hervorgerufen: die Republikanische Revolution 1889, die Revolution von 1930, Vargas' Staatsstreich von 1937, die Rückkehr zur Demokratie auf Druck der Militärs 1945, der Militärputsch von 1964, die vom

¹⁰ Max Weber, „Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland“, Gesammelte politische Schriften, hg. Johann Winkelmann., 2. erw. Aufl. (Tübingen: 1958), S. 312. Ähnlich auch Gerhard Leibholz: „Die Parteien sind das Sprachrohr, deren sich das organisierte Volk bedient, um sich artikuliert äußern und Entscheidungen fällen zu können.“ („Volk und Partei im deutschen Verfassungsrecht“, Strukturprobleme der modernen Demokratie, hg. ders. (Karlsruhe: 1958), S. 76.

¹¹ Bolívar Lamounier / Rachel Meneguello, *Partidos políticos e consolidação democrática: o caso do Brasil*, Textos IDESP (São Paulo: IDESP, 1986), S. 10.

Militärregime im Prozeß des demokratischen Übergangs 1979 vorgenommene Parteienreform und die Rückkehr zur Demokratie 1985. Mit jedem dieser Regimewandel wurde das vorherige Parteiensystem obsolet, und es ergab sich die Notwendigkeit zu einem neuen Arrangement der politischen Kräfte, die sich im allgemeinen nur wenig veränderten.

Diese Diskontinuität der Parteienentwicklung ist einerseits eine Rückwirkung der allgemeinen politischen Instabilität des politischen Systems. In ihr zeigt sich aber auch die Situationsgebundenheit und mangelnde Institutionalisierung der Parteien. Es bestand stets eine große Abhängigkeit der Parteien gegenüber der jeweiligen Herrschaftskonstellation. In ihrem Wesen waren die Parteien in der Regel nie mehr als Arrangements politischer Elitenfaktionen, die sich ganz nach den momentanen Bedingungen der Machtzentrale ausrichteten. Durch diese einseitige Orientierung 'nach oben' in Richtung der Regierung haben die Parteien im gesellschaftlichen Leben nie wirklich Fuß gefaßt. Dies machte sie extrem anfällig gegenüber Veränderungen im politischen System. Auf diese Weise haben sich die Parteien nie als eigenständige und politikbestimmende Kräfte durchgesetzt. In der politischen Kultur Brasiliens erlangten sie aus diesen Gründen auch keinen großen Stellenwert als Instrument zur politischen Partizipation und gesellschaftlichen Repräsentation.

1.2 Instabilität und Indefinition

Ein anderer Aspekt, in dem die Schwäche und Unterentwicklung der brasilianischen Parteien zutage tritt, ist die Instabilität und Indefinition des gegenwärtigen Parteiensystems. Es herrscht ein großes Wirrsal von Parteineugründungen, Absplitterungen und Fusionen.

Nachdem 1985 in einer der ersten Initiativen der neuen demokratischen Ordnung die restriktiven Rahmenbedingungen, denen die Neugründung politischer Parteien unter der Militärdiktatur unterlegen hatte, aufgehoben wurden, nahm die Zahl der bestehenden Parteien erheblich zu. Dies geschah weniger durch die Konstituierung neuer Parteien außerhalb des Kongresses als vielmehr durch das Absplittern verschiedener Faktionen von den im Parlament vertretenen Mutterparteien. Obwohl viele der neuen Parteien nur von geringer politischer Bedeutung sind, nahm die Fraktionierung des Kongresses dadurch dennoch in signifikanter Weise zu. Durch die häufigen Spaltungs- und Fusionsbewegungen wandelt sich fortlaufend die Gestalt des Parteiensystems und das parteipolitische Kräfteverhältnis. So spaltete sich beispielsweise 1984 die PFL von der damaligen Pro-Regime-Partei und Mehrheitspartei PDS ab, 1988 löste sich die PSDB von der PMDB und 1993 fusionierte die geschwächte PDS mit der kleineren PDC zur PPR, um nur einige der wichtigsten Veränderungen zu nennen.

Darüber hinaus unterlagen die Parteien seit dem Ende der Militärdiktatur in ihren Wahlergebnissen erheblichen Schwankungen. Das krassste Beispiel hierfür ist das der PMDB, die bei den Wahlen von 1986 die absolute Mehrheit im Kongreß und zudem 22 der 23 Gouverneursämter erzielte. Bei den Präsidentschaftswahlen drei Jahre später kam ihr Kandidat Ulysses Guimaraes jedoch nicht einmal auf 5% der Stimmen. Gewählt wurde hingegen Fernando Collor, dessen gerade erst gegründete Partei im Abgeordnetenhaus mit weniger als 3% der Mandate vertreten war.

Die brasilianischen Parteien haben sich noch nicht in einem System organisiert, das über eine auch nur halbwegs beständige Konfiguration der zwischen ihnen bestehenden Kräfteverhältnisse verfügt. Die unablässigen Veränderungen der Parteienlandschaft geschehen mit einer solchen Geschwindigkeit, daß man ihnen nur bei intensiver Auseinandersetzung mit der Materie folgen kann. Der Großteil der Wählerschaft wird von diesen 'Hakensschlägen' allerdings völlig überfordert.

1.3 Geringes Gewicht der Parteien im politischen Prozeß

Im politischen Prozeß sind die Parteien nur Akteure von sekundärem Rang. Anders als in den westeuropäischen Parteiendemokratien, die (viel stärker noch als die USA) in der politischen Kultur Brasiliens traditionell als Vorbild für die eigene Entwicklung angesehen werden, finden wichtige Vorentscheidungen in der Regel nicht zuerst intern in der Partei statt, um dann nach außen möglichst geschlossen in der Öffentlichkeit und im Parlament vertreten zu werden. Statt dessen gehen die wichtigsten Initiativen im Parlament, wenn nicht von der Regierung selbst, von einzelnen politischen Führungspersonlichkeiten oder kleinen Gruppen aus, die sich anschließend in den Reihen der Parlamentarier in Absprachen um Unterstützung bemühen. In diesem Prozeß spielt die Parteiorganisation, oder die Fraktion als Unterorganisation, eine vergleichsweise geringe Rolle. Viel wichtiger als die jeweilige Parteizugehörigkeit sind die persönlichen Kontakte der einzelnen Politiker oder Politikergruppen sowie nicht zuletzt auch deren Potential an Gegenleistungen, die sie gegen parlamentarische Unterstützung einzutauschen imstande sind.

Häufig sind Parteien an wichtigen politischen Entscheidungen auch nahezu völlig unbeteiligt. So verhielten sie sich beispielsweise selbst bei einer Angelegenheit von so eminenten Bedeutung wie der Plebiszit von 1993, in dem die Wähler über das künftige Regierungssystem zu entscheiden hatten (ob Präsidialsystem, Parlamentarismus oder konstitutionelle Monarchie), nahezu völlig passiv. Statt dessen bildeten sich *ad-hoc*-Bewegungen (*frentes*), die die verschiedenen Optionen verfochten und damit die Diskussion zum Volksentscheid bestimmten. Die Konfliktlinien gingen dabei mitten durch die Parteien hindurch. Weder im parlamentarischen Prozeß noch in der öffentlichen Debatte haben sich die Parteien bislang als Institutionen von maßgeblichem Einfluß gezeigt.

1.4 Unabhängigkeit und Untreue der Politiker gegenüber den Parteien

Das geringe Gewicht der Parteien in der brasilianischen Politik äußert sich auch in der extrem losen Bindung der Politiker zu den Parteien. Sie sind im allgemeinen nicht durch ein Verhältnis der inneren Identifikation und Treue mit ihrer Partei verbunden. Zumeist sehen sie in ihnen nicht eine 'politische Heimat', sondern lediglich ein Instrument zur Erlangung eines Mandats oder anderer politischer und persönlicher Vorteile.

Diese Unabhängigkeit der Politiker gegenüber ihren Parteien zeigt sich am deutlichsten in der Häufigkeit der Parteiwechsel. So traten beispielsweise 1985 allein im Bundesstaat Minas Gerais fast über Nacht mindestens zweihundert Bürgermeister und Stadtverordnete zur PMDB über, als diese Regierungspartei wurde.¹² Auch im Kongreß wechseln die Politiker nur allzu oft die Partei. Einer vor einigen Jahren durchgeführten Studie zufolge gehörten die Kongreßmitglieder im Verlauf ihrer Karriere zum Zeitpunkt der Untersuchung durchschnittlich 2,6 Parteien an.¹³

Häufig treten Politiker einer bestimmten Partei nur für den Zweck des Wahlkampfes bei, weil sie sich bei ihr die besten Erfolgchancen versprechen. Unmittelbar nach der Wahl verlassen sie die Partei wieder, um sich einer anderen anzuschließen. Diese Praxis ist so verbreitet, daß für die betroffenen Parteien ein eigener Begriff geprägt wurde: 'Mietparteien' (*partidos de aluguel*). Dadurch, daß die Mandatsträger während der laufenden Legislaturperiode von einer Partei zur anderen überspringen, wandelt sich die Parteienzusammensetzung des Kongresses in einem fortwährenden Prozeß. So kommt es auch zwischen den Wahlen zu mitunter erheblichen Veränderungen in der Parteienkonfiguration im Kongreß.

¹² Siehe Frances Hagopian, „Democracy by Undemocratic Means?: Elites, Political Pacts, and Regime Transition in Brazil“, *Comparative Political Studies*, 23 (1990), S. 161.

¹³ Siehe Scott Mainwaring, „Políticos, partidos e sistemas eleitorais: o Brasil numa perspectiva comparativa“, *tradução por Otacílio F. Nunes Jr., Novos Estudos*, 23 (1991), S. 40.

1.5 Schwache Wurzeln in der Gesellschaft

Entsprechend schwach ist die gesellschaftliche Verankerung der Parteien. Die Brasilianer identifizieren sich nicht mit ihren Parteien. Die Unzufriedenheit mit dem Zustand des Parteienwesens und die daraus resultierende Parteienfeindlichkeit sind im Gegenzug enorm. Die geringe Parteienidentifikation spiegelt sich in verschiedenen Meinungsumfragen wider. In einer Erhebung von 1988 gaben über zwei Drittel der Befragten an, daß sie keine Präferenz für eine bestimmte Partei besäßen.¹⁴ Andere Umfragen, die über einen längeren Zeitraum in São Paulo durchgeführt wurden, ergaben sogar, daß die Identifikation mit den Parteien während der Militärdiktatur größer war als unter den gegenwärtigen demokratischen Bedingungen. So sagten 1974 81% der Befragten aus, sie bevorzugten eine bestimmte Partei. Diese Zahl halbierte sich 1988 auf 40%. Nur 18% erklärten, sie würden ihren Kandidaten nach dessen Parteizugehörigkeit wählen. 39% hielten Parteien selbst für völlig nutzlos.¹⁵

Falter definierte den Begriff der Parteienidentifikation als „langfristig wirksame, affektive Bindung“, welche die „Wahrnehmung politischer Ereignisse und ihre Einordnung in die Einstellungsstruktur () erheblich beeinflusst.“¹⁶ Parteien, die über einen hohen Identifikationsgrad verfügen, ordnen das Meinungsspektrum innerhalb der Gesellschaft in einigermaßen konsistente politische Lager. Damit verleihen sie einerseits der öffentlichen Diskussion relativ klare Meinungsfronten und Konfliktlinien. Dies fördert die Transparenz der politischen Debatte und steigert die Problemlösungskapazität des politischen Systems. Zum anderen verhindern Parteien, welche die Wählerschaft über eine hohe Parteienidentifikation dauerhaft an sich binden, daß bei Wahlen tiefgreifende und unberechenbare Umbrüche in der politischen Landschaft erfolgen. Diese können schwerwiegende Konsequenzen für die politische Stabilität nach sich ziehen und damit auch von vornherein das Vertrauen in den Wahlprozeß untergraben. Die geringe Parteienidentifikation in Brasilien verursacht eine große, doppelte Unsicherheit in die beiden genannten Richtungen: hinsichtlich der Struktur der politischen Auseinandersetzung und in bezug auf den Ausgang von Wahlen.

1.6 Mangelndes politisches Profil

Ein weiteres Negativurteil hinsichtlich der Parteien betrifft ihren „Mangel an Konsistenz und Authentizität“¹⁷ und ihren „gelatinösen Charakter“¹⁸. Selbst in einer einführenden Landeskunde wird das Problem angesprochen:

„In Brasilien verfügen die Parteien über keine völlig einheitliche politisch-ideologische Linie. Jede von ihnen beherbergt fortschrittliche wie konservative, linke wie rechte Politiker.“¹⁹

¹⁴ Antônio Lavareda, „Governos, partidos e eleições segundo a opinião pública: o Brasil de 1989 comparado ao de 1964“, *Dados*, 32 (1989), S. 341-361 (Tabela 8a.)

¹⁵ Antônio Manuel Teixeira Mendes / Judith Muszynski, „Democratização e opinião pública“, *De Geisel a Collor: o balanço da transição*, org. Bolívar Lamounier (São Paulo: Sumaré, 1990), S. 64, Tabela 2.

¹⁶ zitiert nach Oskar W. Gabriel, „Parteien auf dem Prüfstand: Leistungsfähig aber unbeliebt?“, *Parteien in der Krise*, hg. Peter Haungs / Eckhard Jesse (Köln: 1987), S. 54.

¹⁷ Fábio Wanderley Reis, „Partidos, ideologia e consolidação democrática“, *A democracia no Brasil: dilemas e perspectivas*, ed. Guilherme O'Donnell / Fábio Wanderley Reis (São Paulo: Vertice, 1988), S. 296.

¹⁸ Scott Mainwaring, „Political Parties and Democratization in Brazil and the Southern Cone“, *Comparative Politics*, 21 (1988), S. 93.

¹⁹ Fernando Albuquerque / Luiz Ramalho, „Politisches Leben“, *Brasilien*, hg. Klaus Hart / Luiz Ramalho (Hamburg: 1989), S. 126.

In dieser Kritiklinie wird beanstandet, die Parteien seien „ideologisch amorph“²⁰ und verfügen im Hinblick auf programmatische Inhalte über keine feste Substanz, die ihnen Konturen und eine politische Identität verleihen würde. Es fehle den Parteien an einer weltanschaulichen Grundlage und an inhaltlich-politischem Profil.

Nun ließe sich anführen, dieser Kritik läge ein idealisiertes oder gar 'puristisches' Parteienbild zugrunde. Zunächst ist nämlich in der Parteienlehre „seit langem akzeptiert, daß Weltanschauung und Programm nicht notwendigerweise konstitutives Merkmal der Partei sind.“²¹ Darüber hinaus durchliefen gerade auch die westeuropäischen Parteien, die ja in Brasilien als Referenzpunkt für die eigene angestrebte Entwicklung gelten, nach dem Zweiten Weltkrieg einen Entideologisierungsprozeß. Heute sind nahezu alle wichtigen europäischen Parteien dem Typ der *catch-all-party* zuzuordnen, die sich eben nicht durch eine scharfe ideologische Linie kennzeichnet, sondern im Gegenteil durch die Bemühung, über einen ausgedehnten Parteiapparat, Programme mit Plattform-Charakter sowie einen hohen Aufwand für Werbung und *Public Relations* möglichst breite Bevölkerungsschichten anzusprechen und zu durchdringen. Die brasilianischen Parteien am anachronistischen Modell der ideologischen Klassenpartei zu messen, wie dies von brasilianischer Seite oft zumindest ansatzweise geschieht, bedeutet daher ein Verkennen der europäischen und brasilianischen Realitäten, die einen solchen Parteiotyp nicht zulassen.

Andererseits kann das Vorhandensein einer bestimmten ideologischen Bindung nicht ganz unwichtig sein, denn sonst hätten sich im europäischen Parteienwettbewerb nicht nur Weltanschauungsparteien dauerhaft behaupten können. Auch wenn bei den modernen europäischen Volksparteien der ursprünglich stärker weltanschaulich geprägte Charakter in ihrem Diskurs und Handeln mittlerweile einer vorwiegend pragmatischen Haltung gewichen ist, haben sie in ihrem Kern doch einen wichtigen Zug der Weltanschauungspartei bewahrt: Zumindest nach ihrem eigenen Selbstverständnis sind sie nach wie vor Wert- und Normgemeinschaften. Auch wenn die Parteiideologie bei ihnen in der Außenwirkung erheblich an Bedeutung eingebüßt hat, spielt sie für die Identitätsstiftung und als 'kollektiver Partizipationsanreiz' auch weiterhin eine wichtige Rolle, die bei der rein äußeren Betrachtung leicht unterschätzt werden kann.

Als Wert- und Normgemeinschaften lassen sich die Weltanschauungsparteien (und hier seien die modernen europäischen *catch-all-parties* aufgrund ihres ideologischen Ursprungs mit eingeschlossen) durch ihre wenigstens vom Grundsatz her auf das Allgemeinwohl ausgerichtete Handlungsmotivation zumindest schematisch von Patronageparteien unterscheiden, die in erster Linie auf den Partikularinteressen und persönlichen Vorteilen ihrer Mitglieder aufbauen, und bei denen weltanschauliche Beweggründe bestenfalls eine sehr untergeordnete Bedeutung besitzen. Die brasilianischen Parteien sind prinzipiell eher diesem letzteren Typ der Patronagepartei zuzurechnen, wenn eine klare Zuordnung zu diesen Kategorien nicht unproblematisch ist. Der allgemeinen Überzeugung der überwiegenden Zahl der Brasilianer zufolge dienen die Parteien nicht der Repräsentation gesamtgesellschaftlicher Anliegen, sondern einzig und allein dem individuellen Nutzen der Politiker und ihrer Seilschaften. Es sind letztlich diese Eigennützigkeit und das „physiologische“ Verhalten einer vieler Politikern, die bei der Kritik an der Profillosigkeit der Parteien den eigentlichen Kern bilden.²² Dies zeigt sich in typischer Weise in dem Zitat aus einem Artikel mit der Überschrift 'Parteiensalat' aus der führenden Wochenzeitschrift *Veja*:

²⁰ loc. cit.

²¹ Klaus von Beyme, *Parteien in westlichen Demokratien* (München: Piper, 1982), S. 43.

²² Der Begriff 'physiologisch' wird im politischen Zusammenhang in Brasilien zur Bezeichnung einer auf den persönlichen Gewinn bedachten Haltung benutzt. 'Fisiológicos' werden solche Politiker genannt, die nicht für bestimmte politische Grundsätze und Vorstellungen eintreten, sondern 'ihr Fähnchen nach dem Wind hängen'. Ein 'fisiológico' wechselt je nach Opportunität die Partei und sucht in der Regel die Nähe zur Regierung, da sein politisches Standbein in der Verteilung von öffentlichen Mitteln und

„Was darf sich der Wähler in Sachen ideologischer Kohärenz von einem Parlamentarier wie dem aus Alagoas stammenden João Caldas erhoffen, der in den letzten drei Jahren achtmal die Partei wechselte? Welche Erwartungen darf ein Wähler gegenüber einer Partei wie der PMDB haben, die in der letzten Woche einen Minister absägte, weil sie nicht mehr an der Regierung teilhaben möchte, und Minuten später der Amtseinführung eines anderen Parteimitglieds auf den Ministerposten applaudierte?“²³

Die Tatsache, daß sich in Brasilien und im übrigen Lateinamerika im Unterschied zu Europa nicht Weltanschauungs-, sondern Patronageparteien als vorherrschender Parteientyp durchgesetzt haben, ist im historischen Kontext zu betrachten. In den beiden Regionen durchliefen die Parteien einen grundverschiedenen Entstehungs- und Entwicklungsprozeß. Die Entstehung der europäischen Parteien wurde stark durch die innergesellschaftlichen Konflikte geprägt, die im sozialen Modernisierungsprozeß des 19. und 20. Jahrhunderts auftraten. Als solche Grundkonflikte gelten ethnische und religiöse Konflikte, Konflikte zwischen Stadt- und Landbevölkerung, zwischen Arbeitern und Bourgeoisie sowie jüngst auch ökologische Konflikte. Diese Zerklüftung der Gesellschaft durch kontrastierende Lebensbedingungen und Interessenlagen bedingte die Ausformung divergierender Weltanschauungen, sozialer Normen und Lehrmeinungen, über die sich die Parteien stabilisierten.²⁴

Die unterschiedlichen Positionen zu den sozialen Konflikten und ihr ideologischer Hintergrund geben den europäischen Parteien ihre innere Identität und machen sie nach außen zu unterscheidbaren und authentischen Einheiten. Diese Identität sowie die tiefen Wurzeln, die die Parteien im Laufe der Jahrzehnte des Disputs um die sozialen Konflikte im gesellschaftlichen Leben entwickelt haben, gewährleisteten ihr Fortbestehen auch nach Abschwächung oder gar Auflösung des ursprünglichen Konfliktstoffs bei einem weniger differenzierten politischen Profil.

Die Entwicklung der lateinamerikanischen Parteiensysteme, und insbesondere des brasilianischen, verlief hingegen, wie Dix aufzeigt, in zweierlei Hinsicht anders als im europäischen Fall. Während erstens in Europa frühere Konfliktstruktur einen erheblichen Einfluß auf die Form der gegenwärtigen Parteiensysteme besaß, hinterließen in Lateinamerika soziale Spaltungen vergangener Zeiten nur wenig oder gar keine Spuren in der Gestalt der heutigen Parteiensysteme. Der zweite Unterschied zur europäischen Entwicklung besteht darin, daß sich in Lateinamerika mit der Ausweitung des Wahlrechts und der Einbeziehung immer größerer Bevölkerungsmassen in den politischen Prozeß keine Klassenparteien gebildet haben (d.h. vor allem Arbeiterparteien mit ausgeprägtem ideologischen Profil), sondern klassenüberschreitende, pragmatische Parteien.²⁵ Die diskontinuierliche Parteiengeschichte und die besonderen Umstände der verspäteten und elitengesteuerten Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft haben, so Dix, verhindert, daß sich die Parteien entlang der sozialen Konfliktlinien entwickelten:

„Statt die Probleme und Bedingungen der postindustriellen Gesellschaft zu konfrontieren, neigten Politik und Programme der lateinamerikanischen catch-all-parties dazu, *Agenturen* wirtschaftlicher Entwicklung zu sein und die Mobilisierung 'des Volkes' über tiefsitzende

sonstigen Vorteilen besteht. Den 'physiologischen' Politikern stehen die sogenannten 'ideológicos' und 'autênticos' gegenüber.

²³ Vannildo Mendes, „A salada dos partidos“, Veja, Edição 1.727, 21.11.2001 (keine Seitenangabe, da Internetausgabe, Übersetzung des Autors).

²⁴ siehe Stein Rokkan, *Citizen, Elections, Parties* (Oslo: Universitetsforlaget, 1970).

²⁵ Robert H. Dix, „Cleavage Structure and Party Systems in Latin America“, *Comparative Politics*, 22 (1989), S. 23-37.

Konflikte hinweg zur Unterstützung breiter nationaler oder gar nationalistischer Ziele zu betonen.“²⁶

Da den brasilianischen Parteien so in der Regel eine zumindest im Ursprung bestehende Bindung an eine bestimmte Weltanschauung und soziale Gruppe fehlt, bleibt oft unklar, worin zwischen den verschiedenen Parteien eigentlich der Unterschied besteht. Vor dem Hintergrund der dargestellten Problematik wirft sich die resignative Frage auf: Machen die brasilianischen Parteien überhaupt einen Unterschied?

²⁶ ebda. S. 34, Hervorhebungen im Original.